

## Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 36./VIII. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 17.06.2009, 17.00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses

	<u>Seite</u>
1. Antrag des 1. FC Kleve vom 12.06.2008 auf Gewährung von Sportfördermitteln für den Um- und Neubau der Volksbank-Arena hier: Voraussetzungen für die Bewilligung und Auszahlung eines Zuschusses	5
2. Bericht des Geschäftsführers der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH für das Geschäftsjahr 2008	6
3. Jahresabschlussbericht der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH für das Geschäftsjahr 2008 - Drucksache Nr. 832 /VIII. -	6
4. Feststellung des Jahresabschlussberichtes des Technologie-Zentrums Kleve GmbH und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2008 - Drucksache Nr. 833 /VIII. -	7
5. Verfahren zur Entwicklung der Unterstadt Kleve "Minoritenplatzbebauung und Rathaus" hier: Ergebnis der Bürgerbefragung/ Beauftragung der weiteren Verfahrensweise - Drucksache Nr. 840 /VIII. -	7 - 11
6. Museum Kurhaus Kleve; Umbau des Friedrich-Wilhelm-Bades und Wiederherstellung des ehemaligen Joseph-Beuys-Ateliers - Drucksache Nr. 834 /VIII. -	11 - 12
7. Nutzung des Johanna-Sebus-Gebäudes bis zum Ende des Schuljahres 2012/13 - Drucksache Nr. 839 /VIII. -	12
8. Kunstaussstellung Alex Katz im Museum Kurhaus Kleve - Drucksache Nr. 835 /VIII. -	12
9. Bebauungsplan Nr. 1-154-3 für den Bereich Pastor-Janßen-Weg hier: Satzungsbeschluss - Drucksache Nr. 820 /VIII. -	12
10. 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8-139-2 für den Bereich Birkenweg im Ortsteil Donsbrüggen hier. Satzungsbeschluss - Drucksache Nr. 821 /VIII. -	13

	<u>Seite</u>
11. Bebauungsplan Nr. 1-263-0 für den Bereich Kermisdahlstraße/ Turmstraße hier: Beschluss der erneuten öffentlichen Auslegung - Drucksache Nr. 822 /VIII. -	13
12. 111. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich der Hochschule Rhein-Waal hier: Beschluss der öffentlichen Auslegung - Drucksache Nr. 823 /VIII. -	13
13. Bebauungsplan Nr. 2-278-0 für den Bereich Tweestrom/ alter Bahndamm/ Wilhelm-Sinsteden-Straße hier: Beschluss der öffentlichen Auslegung - Drucksache Nr. 836 /VIII. -	13
14. Videoüberwachung Radhausgelände (Antrag der CDU-Fraktion)	14
15. Beitritt der Stadt Kleve zum Förderverein für die Hochschule Rhein-Waal e.V. (Antrag der SPD-Fraktion)	14 - 15
16. Mitteilungen	
a) Vergabe- und Betriebsausschuss sowie Verwaltungsrat der USK	15
b) Wahlausschuss	15
17. Anfragen	
a) Einstellung Erzieherinnen	15
b) Schubkarren auf Friedhof in Griethausen	16
c) Beschwerde Anwohner Eichenwinkel	16
d) Leserbriefe	16
e) Bürgerbefragung	17

## Niederschrift

**über die öffentliche 36./VIII. Ratsperiode Sitzung des Rates am Mittwoch, dem 17.06.2009,  
17.00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses**

Unter dem Vorsitz des  
Bürgermeisters Brauer, Theodor (CDU)  
sind anwesend die Stadtverordneten:

Angenendt, Brigitte	CDU
Barozzi, Guido	CDU
Bay, Michael	Bündnis 90 / Die Grünen
Bungert, Alexander	FDP
Derksen, Derk	FDP
Döllekes, Fredi	SPD
Duenbostell, Horst	SPD
Fischer, Heidi	SPD
Fleskes, Jörg	CDU
Frantz, Alexander	SPD
Garisch, Siegbert	Bündnis 90 / Die Grünen
Gebing, Wolfgang	CDU
Gietemann, Josef	SPD
Gottfried, Günter	CDU
Hähn, Wolfgang	Bündnis 90 / Die Grünen
Janssen, Udo	CDU
Kanders, Josef	CDU
Katzy-Leijjenhorst, Sonja	SPD
Kehren, Theo	CDU
Kepser, Friederike	CDU
Kötz, Eva Marlies	CDU
Kröll, Annette	CDU
Leenders, Dr. Artur	Bündnis 90 / Die Grünen
Loosen, Walter	SPD
Lünendonk, Alois	CDU
Maaßen, Manfred	CDU
Nuy, Erich	CDU
Peters, Else	fraktionslos
Rambach, Andreas	CDU
Ricken, Edmund	CDU
Rübo, Christoph	CDU
Rütter, Daniel	FDP
Sanders, Norbert	CDU
Schmidt, Joachim	CDU
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90 / Die Grünen
Szubries, Friedhelm	fraktionslos
Teigelkötter, Friedrich	CDU
Tekath, Petra	SPD
Tobisch, Reinhold	FDP

Verheyen, Elisabeth	SPD
Vink, Heinz-Josef	CDU

Nicht anwesend:

Driever, Gerd	CDU
Huth, Erika	CDU
Kanders, Angelika	CDU
Schwers, Karl	SPD
Wucherpfennig, Brigitte	SPD

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas  
Technischer Beigeordneter Rauer  
Rechtsdirektor Goffin  
Datenschutzbeauftragter Boskamp  
Verwaltungsrat Janßen  
Oberamtsrat Hübbers  
Oberamtsrätin Wier  
Oberamtsrat Keysers  
Technischer Angestellter Posdena  
Oberinspektorin Meier  
Inspektorin Berns als Schriftführerin

Gäste:

Röhl, Rudolf - WFG mbH (ÖS)  
Schulte, Manfred - Kanzlei Runkel, Schneider & Weber (TOP 1. NÖS + ÖS)

## **II. Öffentliche Sitzung**

Bürgermeister Brauer begrüßt erneut die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er weist zudem auf die in der Auslage ausliegende gefilterte Drucksache Nr. 837/VIII. zum Tagesordnungspunkt 1. der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung „Antrag des 1. FC Kleve auf Gewährung von Sportfördermitteln für den Um- und Neubau der Volksbank-Arena“ hin.

Des Weiteren teilt er mit, dass der Tagesordnungspunkt 14. der öffentlichen Sitzung „Änderung der Baumschutzsatzung“ gemäß Drucksache Nr. 840/VIII. abgesetzt werde.

Die Tagesordnung werde darüber hinaus um Punkt 15. Antrag der SPD-Fraktion auf „Beitritt der Stadt Kleve zum Förderverein Hochschule Rhein-Waal e.V.“ erweitert.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift der letzten Sitzung habe es nicht gegeben.

Zur Bürgerfragestunde ergeben sich keine Meldungen.

1. **Antrag des 1. FC Kleve vom 12.06.2008 auf Gewährung von Sportfördermitteln für den Um- und Neubau der Volksbank-Arena**  
**hier: Voraussetzungen für die Bewilligung und Auszahlung eines Zuschusses**

StV. Janssen teilt mit, dass die CDU-Fraktion, wenn auch mit Bedenken, der Zuschussbewilligung geschlossen zustimmen werde. Seine Fraktion habe bereits damals mitgeteilt, dass bei Erfüllung der Sportförderrichtlinien der Zuschuss bewilligt werde wie es in der Vergangenheit auch bei anderen Vereinen der Fall gewesen sei. Das Stadion sei nach wie vor Eigentum der Stadt Kleve und der Verein habe nur ein Nutzungsrecht, erhöhe aber durch den Eigenanteil zur Fertigstellung des Stadions das Vermögen der Stadt. Aus diesen Gründen und unter den Voraussetzungen der Punkte 1. bis 12. der Drucksache werde die CDU-Fraktion der Gewährung des Zuschusses in drei Raten zustimmen. Zudem käme der Zuschuss allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Kleve zugute, da das Vermögen der Stadt Kleve durch die Umbaumaßnahme um ca. 3 Mio. € gestärkt würde.

StV. Garisch fasst das vergangene Jahr zusammen und meint, dass diese Arbeit mit dem Skalpell der einzig gehbare Weg sei, wenn der Zuschuss gewährt werden solle. Allerdings gehe es in dieser Größenordnung nicht mehr nur um Sportförderung, sondern auch um Marketing, Geschäft und Wirtschaftsförderung. Die Bewilligung des Zuschusses sei in seiner Fraktion sehr kontrovers diskutiert worden. Vor dem Hintergrund der intensiven Beratungen halte er es für angemessen, dass seine Fraktion die geheime Abstimmung beantrage.

StV. Rütter schließt sich seinem Vorredner StV. Janssen an und teilt mit, dass auch seine Fraktion sehr lange und kontrovers diskutiert habe, aber dem Antrag auch geschlossen zustimmen werde. Die Gründe seien ähnlich wie die der CDU-Fraktion, da es um die Aufwertung des eigenen Grundstücks der Stadt gehe und dies für die Stadt einen Mehrgewinn bedeuten würde. Zwar habe auch seine Fraktion Bedenken, halte die Risiken aber für abwägbar.

Bürgermeister Brauer lässt zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf geheime Abstimmung abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, über den Antrag des 1. FC Kleve geheim abzustimmen.

Bürgermeister Brauer macht deutlich, dass im Falle der Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Drucksache mit "Ja" gestimmt werden solle und andernfalls mit "Nein" oder "Enthaltung".

Als Stimmzähler werden StV. Josef Kanders und StV. Horst Duenbostell benannt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei 28 Ja- und 14 Nein-Stimmen, den Bürgermeister zu beauftragen, den vom 1. FC Kleve am 12.06.2008 beantragten Zuschuss, unter den in der Drucksache Nr. 837/VIII. Neufassung genannten Voraussetzungen, zu gewähren.

StV. Janssen richtet seinen ausdrücklichen Dank an die Verwaltung und gleichzeitig die Hoffnung und den Wunsch an die Vertreter des 1. FC Kleve, mit Bewilligung des Zuschusses wieder geregelte Bahnen einzuschlagen.

2. **Bericht des Geschäftsführers der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH für das Geschäftsjahr 2008**

Der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt mbH Herr Röhl berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation über das Geschäftsjahr 2008.

StV. Bay möchte wissen, ob die Umwandlung des Campus Kleve in einen Hochschulförderverein mit dem personellen Bestand der WFG mbH zu schaffen sei.

Herr Röhl antwortet, dass es seit Anbeginn engste Beziehungen zu Frau Prof. Klotz und Herrn Dr. Goch gebe und bereits etliche Gespräche stattgefunden hätten. Mit den Vorbereitungen sei begonnen worden. Beim Campus Kleve hätten bereits diverse Vorstands- und Beiratssitzungen stattgefunden. Allerdings entscheide sich erst in der Mitgliederversammlung, wohin sich der Campus Kleve entwickle. Zurzeit gebe es zwei Fördervereine, die aber zusammenarbeiteten.

Er teilt weiter mit, dass die personellen Voraussetzungen der WFG noch ausreichen würden, um die vorhandenen Aufgaben zu bewältigen.

StV. Garisch spricht die Wandlung der Kreisstadt Kleve zum Hochschulstandort an und fragt nach, ob es seitens der WFG einen "Masterplan" bzgl. der kommenden Entwicklungen und Umsetzungen gebe und ob eine Zusammenarbeit mit der Kleve Marketing vorgesehen sei. Er möchte zudem wissen, ob das Budget ausreiche.

Herr Röhl bejaht die Frage nach der Zusammenarbeit mit dem Kleve Marketing. Zudem seien die erforderlichen Analysen (Wirtschaftsstrukturdatenanalyse und Einzelhandelskonzept) abgeschlossen und würden nun in ein übergreifendes Standortmarketingkonzept einfließen.

Des Weiteren habe es bereits Vorgespräche mit dem Ersten Beigeordneten gegeben, mit dem Ergebnis der Erstellung eines Plans für die gesamte Stadt Kleve, der auch haushaltswirksam zu beleuchten sein werde.

Bürgermeister Brauer dankt dem Geschäftsführer Herrn Röhl für seine Ausführungen.

3. **Jahresabschlussbericht der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH für das Geschäftsjahr 2008**

- Drucksache Nr. 832 /VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, der Gesellschafterversammlung zu empfehlen:

- a) Den Jahresabschluss 2008 mit einer Bilanzsumme v. 95.775,68 € und einem Überschuss in Höhe von 16.837,60 € festzustellen und diesen auf die neue Rechnung zu übertragen.
- b) Der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen.
- c) Dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen.

4. **Feststellung des Jahresabschlussberichtes des Technologie-Zentrums Kleve GmbH und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2008**  
- Drucksache Nr. 833 /VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve nimmt den Jahresabschluss sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008 des Technologie-Zentrums Kleve GmbH einstimmig zur Kenntnis.

5. **Verfahren zur Entwicklung der Unterstadt Kleve "Minoritenplatzbebauung und Rathaus"**  
hier: Ergebnis der Bürgerbefragung/ Beauftragung der weiteren Verfahrensweise  
- Drucksache Nr. 840 /VIII. -

StV. Janssen teilt für seine Fraktion mit, dass diese der Drucksache zustimmen werde. Allerdings solle der Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt werden, dass mit den Baumaßnahmen spätestens Ende 2010 begonnen werden solle. Zudem solle die weitere Verfahrensweise erstmal "in einem Guss" geschehen.

StV. Dr. Leenders geht davon aus, dass es Konsens der Verwaltung sei, dass kein Großinvestor gesucht werde. Die Verknüpfung von Minoritenplatzbebauung und Rathaussanierung halte er für sehr ungünstig. Das Gebiet könne in unterschiedliche Bereiche aufgeteilt werden, für die einzelne Investoren gesucht werden könnten. Rathaussanierung könne komplett losgelöst von der Minoritenplatzbebauung durchgeführt werden, da es sich um ein Gebäude der Stadt Kleve handle und somit mit der Maßnahme sofort begonnen werden könne.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass noch am Vormittag mit den Beratern Gespräche zum weiteren Verfahren geführt worden seien, in denen der Verwaltung dringend zur zusammenhängenden Durchführung des Verfahrens geraten worden sei. Nach den Vorgaben des Vergaberechts werde in einem ersten Schritt der Teilnahmewettbewerb und dann das Verhandlungsverfahren durchgeführt, in dem auch die Wirtschaftlichkeit noch einmal genau geprüft werden könne. Um der Umsetzung durch einen Großinvestor entgegenwirken zu können, schlage die Verwaltung vor, die einzelnen Gebäudeteile auch losweise zu vergeben, so dass auch ortsansässige Firmen die Möglichkeit bekämen, an diesem europäischen Vergabewettbewerb teilzunehmen. Er weist auch darauf hin, dass eine Trennung der Maßnahmen rechtlich schwierig sei und rät den Anwesenden, der Durchführung des Verfahrens in diesem ersten Schritt zuzustimmen.

Technischer Beigeordneter Rauer ergänzt, dass auch die Abkopplung der Rathaussanierung aufgrund der Überschreitung des EU-Schwellenwertes europaweit bekannt gemacht werden müsse, sodass dies keine zeitliche Verkürzung bedeuten würde. Zurzeit arbeite die Verwaltung an der weiteren Beauftragung des Büros für die weitere Beratung, damit die Bekanntmachung direkt nach dem Sommer erfolgen könne. Sobald alle Angebote vorlägen, sei eine Trennung der Rathausmaßnahme von den übrigen Maßnahmen ohne weiteres möglich.

StV. Gietemann teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion den Ausführungen des Ersten Beigeordneten Haas anschließen, da sie die gesamte Lösung für mittelstandsfreundlich halte und diese der Klever Wirtschaft zugute komme. Er gibt aber zu bedenken, dass das gesamte Verfahren mit dem Leitgedanken, der Bürgerwille sei das Beste für Kleve, sehr zeit- und kostenintensiv gewesen und bei einer Bürgerbeteiligung von lediglich 33 % kein hervorra-

gendes Ergebnis erzielt worden sei. Da die Bürger mit großer Mehrheit Variante C gewählt hätten, ließe dies zudem die Vermutung zu, dass diese noch das Gutachten von Rödl und Partner aus dem Jahre 2007 im Hinterkopf gehabt hätten, welches die günstigste Variante als die Beste angepriesen habe. Er weist darauf hin, dass sich die SPD-Fraktion bereits bei der Bürgerbefragung im Jahre 1999/2000 für eine Rathaussanierung ausgesprochen habe. Wäre bereits damals der Empfehlung des Gutachtens von Rödl und Partner gefolgt worden, wäre es zu erheblichen Kostenersparnissen gekommen. Die SPD-Fraktion werde dem Bürgerwillen Rechnung tragen und der Drucksache zustimmen.

StV. Janssen stellt klar, dass die Bürgerbeteiligung bei vergleichbaren Verfahren in der Vergangenheit meistens bei unter 20 % gelegen habe und die jetzige Beteiligung daher als gut eingestuft werden könne. Zudem bliebe es jedem selbst überlassen, seine Wahlberechtigung wahrzunehmen. Er macht deutlich, dass nicht nur über das Rathaus, sondern über die gesamte Gestaltung der Unterstadt abgestimmt worden sei und in diesem Verfahren drei vollkommen unterschiedliche Entwürfe mit guten architektonischen und städtebaulichen Plänen vorgelegt worden seien.

Bezogen auf die Ausführungen von StV. Dr. Leenders meint er, dass es hier natürlich um das Verfahren in einem Guss gehe, da es eine große überbaubare Fläche gebe, für die diese Planung notwendig sei und die CDU-Fraktion dem weiteren Verfahren daher - mit der genannten Ergänzung - zustimmen werde.

StV. Bungert geht auch noch einmal auf das Verfahren ein und das mit der Variante C durchgeführte Investorenverfahren, nach deren Durchführung die Maßnahme in Lose aufgeteilt werde, die nach der Submission auch zu unterschiedlichen Zeiten vergeben werden könnten. Dies könne durchaus zur Folge haben, das mit der Rathaussanierung früher begonnen werde und die übrigen Maßnahmen Zug um Zug entwickelt werden, da dies auch entsprechend marktabhängig sei.

Technischer Beigeordneter Rauer stellt klar, dass das weitere Verfahren als Ganzes ausgeschrieben werde. Es bestehe aber die Möglichkeit zur Bewerbung auf Teilflächen, deren Aufteilung sich aber erst im weiteren Verhandlungsverfahren ergeben und zur Entscheidung dem Rat vorgelegt werde. Die Zugangsebenen zu diesem Verfahren würden möglichst gering gehalten, damit Investoren sich auch nur auf Teilbereiche bewerben können, da nur für diese Bereiche Referenzen vorzulegen seien.

Erster Beigeordneter Haas ergänzt, dass nach der Sommerpause ein Zeitplan mit den jeweiligen Meilensteinen vorgelegt werde. Die Verwaltung solle nun beauftragt werden, bis Ende 2010 das Verfahren abzuschließen, um in 2011 mit der Umsetzung beginnen zu können.

StV. Garisch teilt mit, dass er den eingeschlagenen Weg für gut und den einzig wahren halte, da über die Rathaussituation bereits seit 50 bis 60 Jahren ohne Ergebnis diskutiert werde. Er danke daher allen Beteiligten für das geleistete Engagement.

Bezogen auf den Beschlussvorschlag meint er aber, dass dieser nur schwer verständlich sei. Er schlage daher vor, den Beschlussvorschlag zur Klarstellung wie folgt abzuändern:

- "1. Der Rat der Stadt Kleve macht sich dieses Abstimmungsergebnis zu eigen.
2. Der Rat der Stadt Kleve beauftragt die Verwaltung, über das Plangebiet ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten auf der Grundlage der Variante C.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, so wie die Variante C es empfohlen hat über dieses zu entstehende Rathausviertel eine Gestaltungssatzung zu entwickeln.



4. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Zeitplan über das weitere Verfahren vorzulegen.
5. Das Investorenverfahren soll mit dem Hinweis auf diese sieben Lose in die Wege geleitet werden."

Durch die Überplanung des Gebiets mittels eines Bebauungsplanes könnten sich dann Investoren finden. Abhängig von den bauplanerischen Maßnahmen solle ein Sanierungskonzept für das Rathaus erstellt werden.

Technischer Beigeordneter Rauer erklärt erneut, dass das weitere Verfahren auf der Grundlage der Variante C beauftragt werden solle. Die Entwicklung einer Gestaltungssatzung sei ebenso wie die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens zu früh, da das Gerüst noch nicht klar sei und viel konkretere Aussagen über die zukünftige Baunutzung von Nöten seien. Die Bürgerbeteiligung sei bereits im Rahmen der Bürgerbefragung durchgeführt worden. Für die Beteiligung der unterschiedlichen Träger würden ebenfalls konkretere Aussagen benötigt. Er macht deutlich, dass das komplette weitere Verhandlungsverfahren gemeinsam im Dialog mit den Investoren und dem Rat entwickelt werde, so dass die Entscheidungsfreiheit jedes einzelnen immer vorhanden sei. Er bittet daher auch noch einmal um Zustimmung, räumt aber ein, den Beschlussvorschlag um die Vergabe von Teillosen zu ergänzen.

StV. Dr. Leenders verdeutlicht noch einmal, dass der vorliegende Beschlussvorschlag die Umsetzung aus einem Guss, also durch einen Investor, ermögliche und er dies aber nicht wolle. Hingegen eine Aufteilung und Vergabe einzelner Lose könne er befürworten, dies gehe aus dem Beschlussvorschlag nicht hervor. Sollte es tatsächlich zu einer Umsetzung durch einen Investor kommen, kündige er bereits jetzt energischen Widerstand an.

Technischer Beigeordneter Rauer führt erneut aus, dass die Entscheidung über Art und Anzahl der Investoren heute nicht getroffen werde. Erst bei Vorlage der Angebote werde weiter entschieden, wie und mit welchen Investoren das Verfahren fortgeführt werde. Außerdem gibt er zu bedenken, warum jetzt schon die Möglichkeit der Umsetzung durch einen Investor ausgeschlossen werden solle, wenn dieser ein 100 %ig überzeugendes Konzept vorlegen würde. Es blieben alle Entscheidungen offen, die am Ende der Rat treffen werde.

StV. Szubries teilt mit, dass den Wählern der Briefwahl die Unterlagen für die drei Varianten nicht beigelegt hätten.

Bürgermeister Brauer antwortet, dass die Unterlagen bei jeder Wahlbenachrichtigungskarte dabei gewesen wären.

StV. Szubries weist weiter darauf hin, dass er zum Verfahren seinerzeit in nichtöffentlicher Sitzung bereits Bedenken geäußert und diese auch zu Protokoll gegeben habe. Er werde sich daher auch heute an der Abstimmung nicht beteiligen. Zu den Gründen könne er in öffentlicher Sitzung jedoch nichts sagen.

StV. Frantz meint, dass der letzte Satz des Beschlussvorschlages die Probleme der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lösen könne, da dort die mögliche Aufteilung in Lose benannt werde. Auch er gehe aber davon aus - entgegen den Äußerungen von StV. Janssen -, dass der Fokus bei der Entscheidung der Bürger auf dem Rathaus gelegen habe, zumal die Sanierung auch in den Diskussionen im Vordergrund gestanden habe.

StV. Schmidt spricht die vom Technischen Beigeordneten genannten Teilbereiche und Parzellierungen der Grundstücke an und möchte sichergestellt wissen, dass die zeitliche Abfolge nicht unterbrochen werde, da er keine Lückenbebauung wolle.

Technischer Beigeordneter Rauer entgegnet, dass die zeitliche Abfolge Schritt für Schritt präsentiert werde, um eine entsprechende Lückenbebauung zu verhindern, da auch die Verwaltung eine solche nicht wolle.

StV. Janssen stellt klar, dass "ein Guss" die kontinuierliche Umsetzung des Verfahrens bedeute, damit eine entsprechende Lückenbebauung verhindert werde und die Maßnahme spätestens 2013 fertig gestellt sei. Dabei spiele es keine Rolle, durch welchen Investor die Umsetzung erfolge.

StV. Bungert hält dem entgegen, dass es nicht funktionieren würde, wenn erst das Gerüst erstellt und anschließend der Inhalt gesucht werde. Allerdings schließe er sich den Ausführungen des Technischen Beigeordneten Rauer an und hält es für gut, dass die Möglichkeit der Vergabe nach Losen bestehe und meint daher, dass der Drucksache zugestimmt werden sollte.

StV. Dr. Leenders macht noch einmal deutlich, dass alles andere als eine bedarfsorientierte Bebauung für eine erfolgreiche Umsetzung dieses Vorhabens illusorisch sei. Er verweist auf die Städte Solingen und Kamp-Lintfort, in denen die Lösung "aus einem Guss" nicht funktioniert habe und teilt mit, dass seine Fraktion eine solche Entwicklung in Kleve verhindern wolle. Er kündigt erneut seinen Widerstand an für den Fall, dass ein Investor die komplette Maßnahme umsetzen solle.

StV. Janssen entgegnet, dass es jetzt lediglich darum gehe, die Pläne zu beschließen, damit diese zügig umgesetzt werden könnten. Über die Art und Weise der Umsetzung werde zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

StV. Gottfried äußert, dass das nun vorliegende Grundkonzept durchaus Hoffnung gebe, dass eine vernünftige Planung zustande käme, über deren Umsetzung aber erst nach dem Ausschreibungsverfahren entschieden werde. Gerade durch diesen Wettbewerb habe sich gezeigt, welche Möglichkeiten in Kleve für eine aufstrebende Entwicklung vorhanden seien. Er halte die gemachte Entwicklung bereits jetzt für sehr positiv.

StV. Dr. Leenders meint, dass es sich zwar um eine gute Planung handle, diese allerdings nichts über die wirtschaftliche Lage und die damit zusammenhängende Raumnutzung aussage. Auch im Hinblick auf die Wirtschaftskrise seien die Entwicklungen nicht vorhersehbar und immer von der Marktsituation abhängig. Er sehe nur Nachteile in diesem Verfahren, da nicht nachvollziehbar sei, wieso die Rathaussanierung mit in die Ausschreibung hineingenommen werde.

StV. Bay verdeutlicht, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lediglich eine an der Realität orientierte Bebauung sowohl für das Rathaus als auch für den Minoritenplatz wolle, um Entwicklungen wie in Kamp-Lintfort, Solingen oder Hagen zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund solle die Maßnahme natürlich in einem Zug umgesetzt werden, um die Fertigstellung zu garantieren und eine Baustellensituation über mehrere Jahre zu vermeiden.

StV. Janssen meint, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den zweiten Schritt vor dem ersten machen würde. Es gehe jetzt lediglich um den Beschluss zur Fortführung des Verfahrens und alles Weitere werde später entschieden. Dafür würde aber dieses Grundkonzept benötigt. Er weist zudem darauf hin, dass jeder Investor den Markt natürlich genau eruiert werde, wie es in der Vergangenheit auch immer der Fall gewesen sei.

StV. Ricken macht noch einmal deutlich, dass sowohl die CDU- als auch die SPD- und die FDP-Fraktion klar geäußert hätten, dass sie mit diesem Verfahrensfortschritt leben könnten, da dieser alle Optionen offen ließe. Zudem habe der Verwaltungsvorstand über die vorhandenen Möglichkeiten informiert. Er bittet daher um Abstimmung.

StV. Dr. Leenders beantragt die Ergänzung des Beschlussvorschlages um folgenden Passus: "Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs und in dem anschließenden Verhandlungsverfahren sind außer der Gesamtmaßnahme einzelne Bereiche des Plangebietes zur Vergabe nach Losen zu definieren und vorzusehen."

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mehrheitlich ab.

Bürgermeister Brauer lässt nun über den Beschlussvorschlag der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve fasst mehrheitlich bei 11 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve macht sich das Abstimmungsergebnis der Bürgerbefragung zu Eigen. Der Bürgermeister wird beauftragt, alles Notwendige zu veranlassen, um auf der Grundlage eines Investorenverfahrens mit europaweitem Teilnahmewettbewerb baldmöglichst qualifizierte Angebote geeigneter Investoren zur planerischen, bautechnischen, kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Umsetzung der von der Astoc GmbH & CO KG, Köln, Gunnar Ader, Kleve, RMP Stephan Lenzen, Bonn, W&P Immobilienberatung, Frankfurt a.M., vertreten durch Herrn Dipl.-Ing. Peter Berner, Maria-Hilf-Straße 15, 50677 Köln, erarbeiteten Variante C einzuholen. Diese sollen auch die Planung und Finanzierung, den Umbau und Betrieb sowie die Bauunterhaltung und –instandhaltung des Rathauses auf längere Dauer umfassen. Die Entscheidung, ob die Teilbereiche „Minoritenplatzbebauung“ und „Rathaus“ losgelöst voneinander realisiert werden sollen, ist nach den Ergebnissen des Teilnahmewettbewerbs zu treffen. Mit der Baumaßnahme solle spätestens Ende 2010 begonnen werden.

Bürgermeister Brauer richtet seinen ausdrücklichen Dank an alle Beteiligten und weist noch einmal deutlich darauf hin, dass es bei keinem Bürgerentscheid zuvor eine größere Beteiligung gegeben habe.

6. **Museum Kurhaus Kleve; Umbau des Friedrich-Wilhelm-Bades und Wiederherstellung des ehemaligen Joseph-Beuys-Ateliers**

- Drucksache Nr. 834 /VIII. -

StV. Rütter möchte wissen, ob sich der Zuschuss zur Klimaanlage konkretisiert habe und wie die weitere Finanzierung durch Drittmittel aussehe.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass das Ministerium mündlich eine anteilmäßige Unterstützung von ca. 185.000 € zugesagt habe. Der Zuwendungsbescheid könne aber erst nach Fassung des Ratsbeschlusses und einer weiteren Prüfung erteilt werden. Bezüglich der Differenz von 300.000 € gebe es Gespräche. Ein Ergebnis sei noch nicht erzielt worden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme den Umbau des Friedrich-Wilhelm-Bades und die Wiederherstellung des ehemaligen Beuys Ateliers im

Museum Kurhaus auf der Grundlage der beschriebenen Finanzierung und beauftragt die Verwaltung, die geänderten Zuschussanträge zu stellen.

7. **Nutzung des Johanna-Sebus-Gebäudes bis zum Ende des Schuljahres 2012/13**

- Drucksache Nr. 839 /VIII. -

StV. Frantz teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Drucksache nach den Beratungen im Schulausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss zustimmen werde. Die Notwendigkeit zur weiteren Nutzung des Gebäudes hätte sich bewahrheitet. Seine Fraktion wolle eine Nutzung über 2013 hinaus, vielleicht sogar durch Schulformen, die es heute noch nicht in Kleve gebe, offen halten.

StV. Janssen meint, dass erst einmal bis 2013 abgewartet werden solle und dann über eine weitergehende Nutzung beraten werden könne. Nach dem jetzigen Sachstand könne er sich die angesprochene andere Schulform dort weniger vorstellen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, das Gebäude des JSG ab dem Schuljahr 2009/10 bis zum Ende des Schuljahres 2012/13 zur Beschulung der Schüler und Schülerinnen des KAG und des FvStG zur Verfügung zu stellen.

8. **Kunstaussstellung Alex Katz im Museum Kurhaus Kleve**

- Drucksache Nr. 835 /VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve stimmt dem Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Sara Hildén Kunstmuseum, Tampere (Finnland) und dem Musée de Grenoble (Frankreich) zur Realisierung der Ausstellung einstimmig zu.

9. **Bebauungsplan Nr. 1-154-3 für den Bereich Pastor-Janßen-Weg**

hier: Satzungsbeschluss

- Drucksache Nr. 820 /VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316), und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) und unter Berücksichtigung der Ausführungen in der Drucksache Nr. 820/VIII. vom 18.05.2009 den Bebauungsplan Nr. 1-154-3 für den Bereich Pastor-Janßen-Weg, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung als Satzung.

10. **2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8-139-2 für den Bereich Birkenweg im Ortsteil Donsbrüggen**

hier: Satzungsbeschluss

- Drucksache Nr. 821 /VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig aufgrund der §§ 2 Abs. 1 Satz 1, 10 Abs. 1 und 13 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316), und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8-139-2 für den Bereich Birkenweg im Ortsteil Donsbrüggen wie im Planentwurf dargestellt als Satzung und die Begründung hierzu.

11. **Bebauungsplan Nr. 1-263-0 für den Bereich Kermisdahlstraße/ Turmstraße**

hier: Beschluss der erneuten öffentlichen Auslegung

- Drucksache Nr. 822 /VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, den Bebauungsplan Nr. 1-263-0 für den Bereich Kermisdahlstraße/ Turmstraße erneut öffentlich auszulegen.

12. **111. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich der Hochschule Rhein-Waal**

hier: Beschluss der öffentlichen Auslegung

- Drucksache Nr. 823 /VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, die 111. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich der Hochschule Rhein-Waal öffentlich auszulegen.

13. **Bebauungsplan Nr. 2-278-0 für den Bereich Tweestrom/ alter Bahndamm/ Wilhelm-Sinsteden-Straße**

hier: Beschluss der öffentlichen Auslegung

- Drucksache Nr. 836 /VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, den Bebauungsplan Nr. 2-278-0 für den Bereich Tweestrom/ alter Bahndamm/ Wilhelm-Sinsteden-Straße öffentlich auszulegen.

14. **Videoüberwachung Radhausgelände**  
(Antrag der CDU-Fraktion)

StV. Janssen erläutert den Antrag der CDU-Fraktion und teilt mit, dass eine Videoüberwachung auch Wunsch der Mitarbeiter des Radhauses sei, um dort Ordnungswidrigkeiten und Straftaten verhindern zu können. Seine Fraktion würde sich mit einem Bericht über die Ergebnisse der Videoüberwachung nach ca. einem halben, Ende 2011 - Anfang 2012, einverstanden erklären.

StV. Rütter meint, dass eine nächtliche Videoüberwachung vollkommen nutzlos sei, da insbesondere die vorherrschenden Lichtverhältnisse nicht den Anforderungen für brauchbares Bildmaterial entsprächen. Er halte es für sinnvoller, den OSD dort - auch in den Nachtstunden ab zwei Uhr - patrouillieren zu lassen.

StV. Garisch teilt mit, dass Videoüberwachung ausschließlich der Strafverfolgung diene. Da es sich um einen sensiblen Bereich handele, empfehle er, den Antrag in den Arbeitskreis OSD, auch unter Beteiligung von Mitarbeitern des Radhauses, zu verweisen. Die kommende Sitzung des Arbeitskreises finde am 24.08.2009 statt. Das Durchführen von Videoüberwachung halte er für überstürzt und würde der Situation nicht gerecht, da diese einer intensiven Auseinandersetzung bedürfe.

StV. Gietemann erklärt für die SPD-Fraktion, dass dies auch Ergebnis ihrer Fraktionsberatungen gewesen sei und auch sie eine Verweisung in den Fachausschuss, auch unter Beteiligung des Fachbereiches Jugend und Familie, befürworten würden.

StV. Bay führt aus, dass in England jeder Schritt überwacht werde, diese Überwachung allerdings weder präventive Auswirkungen noch die Herabsetzung von Straftaten zur Folge hätte. Dies hätten auch bereits deutsche Untersuchungen belegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei 19 Gegenstimmen die Verwaltung zu beauftragen, zeitnah zu prüfen, welche tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, das Gelände unmittelbar vor dem Radhaus (mit einer Videokamera) zu überwachen, ob diese Voraussetzungen erfüllt sind und bei Erfüllung dieser Voraussetzungen eine solche Anlage sofort zu installieren. Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Kleve mehrheitlich, nach Prüfung, die sofortige Bereitstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln als über- oder außerplanmäßige Ausgabe.

15. **Beitritt der Stadt Kleve zum Förderverein für die Hochschule Rhein-Waal e.V.**  
(Antrag der SPD-Fraktion)

StV. Frantz erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und meint, dass die Stadt bei Gründung dieses neuen Fördervereins einen Fuß in der Tür haben sollte, um entsprechend mitwirken zu können. Er schließe eine spätere Fusion beider Fördervereine nicht aus.

StV. Janssen teilt mit, dass er einem Verein nur beitreten könne, wenn er dessen Satzung kenne. Er stellt daher den Antrag, den Antrag der SPD-Fraktion in den nächsten Schulausschuss zu verweisen.

StV. Bay schließt sich den Ausführungen des StV. Janssen an.

StV. Frantz meint, dass seine Fraktion keine Bedenken mit dem Verweis in den Schulausschuss habe.

Bürgermeister Brauer teilt mit, dass ihm wichtig sei, dass so ein Antrag vor dem Hintergrund der originären Förderkreis-Situation eine hohe Berücksichtigung finde. Der Vorstand sei sehr bemüht alles Notwendige gemeinsam mit dem nachgeordneten Förderverein in die Wege zu leiten. Er würde es aber begrüßen, dass zunächst der bestehende Förderkreis Campus Kleve vor Ort unterstützt werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, den Antrag der SPD-Fraktion auf Beitritt der Stadt Kleve zum Förderverein für die Hochschule Rhein Waal e.V. in den kommenden Schulausschuss zu verweisen.

## 16. **Mitteilungen**

### **a) Vergabe- und Betriebsausschuss sowie Verwaltungsrat der USK**

Technischer Beigeordneter Rauer teilt mit, dass am 30.06.2009 ein zusätzlicher Vergabe- und Betriebsausschuss sowie Verwaltungsrat der USK aufgrund von noch zu tätigen Vergaben notwendig sei und die Einladungen rechtzeitig erfolgten.

### **b) Wahlausschuss**

Erster Beigeordneter Haas teilt mit, dass aus rechtlichen Gründen ein Wahlausschuss am 22.07.2009 um 17.00 Uhr stattfinden müsse, um vorgeschriebene Fristen einhalten zu können.

## 17. **Anfragen**

### **a) Einstellung von Erzieherinnen**

StV. Tekath teilt mit, dass sie etwas irritiert sei, dass die Zeitung mitteilte, die Stadt suche Erzieherinnen, die nach Entgeltgruppe 3 vergütet werden sollten. Sie gehe aber davon aus, dass es sich um Fachkräfte handle und die Besoldung daher falsch sei. Sie bittet die Verwaltung, dies zu prüfen und zeitnah darüber berichten.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass es Erzieherinnen gebe, die als Gruppenleiterinnen tätig seien und somit höher bezahlt würden als Ergänzungskräfte. Er sagt aber eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

## **b) Schubkarren auf Friedhof in Griethausen**

StV. Verheyen fragt nach, ob die Möglichkeit bestehe, auf dem Friedhof Griethausen Schubkarren gegen Leihgebühr anzubieten, da der Parkplatz nicht direkt am Friedhof liege und dies insbesondere für ältere Bürgerinnen und Bürger eine enorme Schwierigkeit bedeute.

Bürgermeister Brauer sagt Prüfung zu.

## **c) Beschwerde Anwohner Eichenwinkel**

StV. Frantz berichtet, dass sich ein Anwohner aus dem Eichenwinkel über einen Bebauungsplan aus dem Jahr 2007 beschwert habe. Dieses Vorhaben würde sein vorhandenes Bauvorhaben beeinträchtigen und in seine Privatsphäre eingreifen. Der Bürger habe ihm mitgeteilt, dass von Seiten des Bürgermeisters - auch bereits während des Verfahrens - garantiert worden sei, dass es keine Beeinträchtigungen seinerseits gebe. Er fragt daher nach dem Stand der Dinge.

Bürgermeister Brauer verdeutlicht, dass er eine solche Antwort nie gegeben habe, zumal er an dem Gespräch nicht allein beteiligt gewesen sei und seine Büroleitung ebenso wie andere Mitarbeiter bereits immens viel Zeit verwendet habe, den Bürger entsprechend zu informieren und aufzuklären.

Technischer Beigeordneter Rauer fügt hinzu, dass diesem Nachbarn bereits mehrfach das Verfahren erklärt worden sei, dass es keine bauordnungsrechtliche Möglichkeit gebe, um nach seinen Vorstellungen zu verfahren. Das Bauleitplanverfahren sei nun abgeschlossen und eine entsprechende Aussage nie getroffen worden. Das von dem Anwohner Geforderte gebe das Baurecht zudem gar nicht her. Dies sei ihm auch mitgeteilt worden.

StV. Frantz gibt zu bedenken, dass der damals gestellte Fragenkatalog nur sehr kurz und zudem nicht in Schriftform beantwortet worden sei. Er bitte um vernünftige Behandlung solcher "sensibler" Bürger.

## **d) Leserbriefe**

StV. Bay spricht die in den örtlichen Zeitungen abgedruckten Leserbriefe an und teilt mit, dass er es für völlig unangemessen halte, was Frau Peters dem Bürgermeister vorwerfe, da nichts dergleichen vorgefallen sei. Er spricht dem Bürgermeister sein ausdrückliches Vertrauen aus und bittet Frau Peters in Zukunft um Einhaltung der Gepflogenheiten des Rates.

StV. Szubries teilt mit, dass er Frau Peters in Schutz nehmen wolle, weil er davon ausgehe, dass dieser Artikel offensichtlich nicht von ihr, sondern einer anderen Person in die Wege geleitet worden sei. Frau Peters sei missverständlich oder sogar vorsätzlich für die Veröffentlichung dieser, in seinen Augen diffamierenden, Mitteilung benutzt worden.



### **e) Bürgerbegehren**

StV. Bay teilt mit, dass er sich sehr darüber geärgert habe, dass die FPD-Fraktion die Durchführung der Bürgerbefragung mehrfach als Verschwendung von Steuergeldern durch den Rat bezeichnet habe. Er bedauere sehr, dass die bisher angenehmen Umgangsformen des Rates dem Wahlkampf zum Opfer gefallen seien und halte es insbesondere deshalb für paradox, da StV. Rütter als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung dieses Verfahren mit beschlossen habe.

Ende der öffentlichen Sitzung:

(Brauer)  
Vorsitzender

(Berns)  
Schriftführerin